

«Es ist absurd, denn der Kanton könnte Millionen verdienen»

Lorenz Bertsch von der Caritas-Regionalstelle Sargans warnt vor der Verschuldung von Jugendlichen. Und kritisiert dabei die Haltung des Kantons, der für eine Präventionsfachstelle keine Hand biete.

Armando Bianco

In der von der Caritas St.Gallen-Appenzell angebotenen Schulden- und Budgetberatung zeigt sich, dass Jugendliche einem sehr hohen Verschuldungsrisiko ausgesetzt sind. Entsprechend müssten diese geschult werden. Der Kanton St.Gallen sieht keinen Handlungsbedarf, lautet die Kritik von Lorenz Bertsch. Der Leiter Fachbereich Sozialpolitik und Bereichsleiter Sozial- und Schuldenberatung hat sich ausgiebig mit der Thematik auseinandergesetzt. Lorenz Bertsch steht der Caritas-Regionalstelle in Sargans vor, welche für die Regionen Sarganserland und Werdenberg zuständig ist.

Lorenz Bertsch, Jugendlichen fehlt die Finanzkompetenz, stellen Sie fest. Was ist das Problem?

LORENZ BERTSCH: Längst nicht alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen wissen, wie sie ihr Einkommen organisieren müssen, damit alle Kosten gedeckt und Rückstellungen getätigt sind. Das Finanzsystem Schweiz ist kompliziert und manchmal auch überraschend unterwegs. Wie sollen Jugendliche wissen, was alles auf sie zukommt, wenn sogar wir Erwachsenen Situationen erleben, welche uns völlig überfordern und ratlos zurücklassen?

Wie machen Jugendliche Schulden?

Das Muster ist meistens sehr ähnlich, und genau darum sollte man diese Generation besser schulen und sensibilisieren. Viele wissen beim Einstieg ins Erwerbsleben gar nicht genau, was für Kosten auf sie zukommen beziehungsweise wie sie sich organisieren sollen. Die grösste Gefahr bilden Steuerschulden, Krankenkasse, Zahnarzt und wiederkehrende Ausgaben, beispielsweise für Versicherungen. Rechnungen, auf die man nicht gewartet hat. Nachdem das Geld für den allgemeinen Lebensunterhalt ausgegeben wurde, bleibt nicht mehr genug oder gar nichts mehr übrig. So beginnen die Schulden bei den meisten Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Gerade bei den Steuerschulden muss man sehen: Das ist Geld, welches dem Staat dann fehlt.

Was ist mit Schulden durch übermässigen Konsum?

Konsum ist eher selten der Hauptgrund für Schulden, auch nicht Leasing oder Kredit, wie ich in meinem Berufsalltag feststelle. Diese Art von Schulden macht nur etwa zehn Prozent aus, zeigen unsere Kennzahlen. Das sind Menschen, die über ihren Verhältnissen leben. Von den anderen 90 Prozent wissen viele nicht genau, was es heisst, ein Budget zu erstellen, mit dem man auch für Unvorhergesehenes gerüstet ist. Fatal ist, wenn jemand nach kurzer Zeit arbeitslos wird. Ein sowieso etwas tieferer Lohn, Stichwort Tieflohnsegment, bricht plötzlich auf 70/80 Prozent ein.

Wie sorgt man vor?

Mein Rat ist stets, übrigens auch an Erwachsene: Legt euer Budget – wenn immer möglich – auf 80 Prozent aus, der Rest soll beiseitegelegt werden. Nicht für Ferien, Zalando-Bestellungen oder ein Auto, sondern für den Fall, dass man krank wird, einen Unfall hat oder eben arbeitslos wird.

Ist die Situation heute anders als früher?



Ruft den Kanton St. Gallen zum Handeln auf: Lorenz Bertsch, Bereichsleiter Sozial- und Schuldenberatung bei der Caritas.

Bild: Dirk Frischohnrecht

Aus meiner Sicht ist das ganze Finanzsystem komplizierter geworden. Es gibt andere Arten und mehr Kosten als früher, man muss auf mehr Parameter achten. Und ich glaube auch, dass die Sensibilität für Finanzplanung im Elternhaus nicht mehr gleich weitergegeben wird wie früher. Der finanzielle Analphabetismus verursacht hohe persönliche und volkswirtschaftliche Kosten. Gemäss einer Studie der Uni St.Gallen nehmen über 50 Prozent der Schülerinnen und Schüler auf Sekundarstufe 1 finanzielle Angelegenheiten als kompliziert und verwirrend wahr.

Wie kann man Finanzkompetenz erreichen?

Das sollte bereits auf Schulstufe erfolgen. Obwohl im Lehrplan 21 vorgegeben, sind der Umgang mit Geld und die Budgetplanung in den Schulen, Berufsschulen und weiterführenden Schulen zu wenig ein Thema. Die Schu-

«Einmal in den Schulden drin, gibt es fast keine Möglichkeit mehr, aus dem Schuldenkreislauf auszubrechen.»

len und das kantonale Amt für Bildung wären entsprechend in der Verantwortung. Wenn ich Jugendliche oder junge Erwachsene auf das Thema anspreche, höre ich oft, dass sie in den Schulen nichts zum Thema Schuldenvermeidung und Budgetierung gehört haben.

Wie bringt sich die Caritas ein?

Die Caritas hat auf die Zielgruppen abgestimmte Module erarbeitet und Workshops ab der dritten Oberstufe angeboten, die Schüler und Eltern ansprechen. Das machten wir auch für Berufsschulen, weiterführende Schulen, Lehrbetriebe und die Öffentlichkeit. Der Staat als amtlicher Schulträger hat davon profitiert. Da uns die Ressourcen und die finanziellen Mittel fehlen, müssen wir seit zwei Jahren alle Anfragen ablehnen. Darum sehe ich den Kanton in der Pflicht und rufe die Politik auf, aktiv zu werden.

Was sollte die Politik aus Ihrer Sicht tun?

Die Caritas St.Gallen-Appenzell hat beim Kanton St.Gallen bereits vor drei Jahren ein Projekt eingegeben, mit dem Ziel, mit dem Kanton beziehungsweise den zuständigen Ämtern zusammen eine kantonale und unabhängige Präventionsfachstelle für Budget- und Finanzkompetenz aufzubauen. Damit könnten Jugendliche und junge Erwachsene vor der Schuldenspirale bewahrt werden.

Sieht die Politik den Handlungsbedarf?

Leider nicht, auch die zuständigen Ämter des Kantons sehen keinen Handlungsbedarf. In den negativen Antworten auf die Projekteingabe wurde darauf hingewiesen, dass dies nicht Aufgabe des Kantons sei und die Schulen sich selbst organisieren müssen.

Sie sagen, dass sich Schuldenprävention vor allem auch für den Staat lohnen würde.

Genau. Der Return on Investment wäre durch finanzielle Mehreinnahmen und Verhinderung von Verschuldung absolut gegeben, da es sich, wie gesagt, oft um Steuerschulden handelt. Geld, das dem Staat nicht zur Verfügung steht. Sehen Sie: Ein entsprechendes Angebot würde den Kanton St.Gallen rund 200 000 Franken im Jahr kosten, demgegenüber stehen massiv höhere Mehreinnahmen, welche sich Jahr für Jahr rechnen, indem der Staat seine Steuern erhält. Eigentlich eine einfache «Milchbüchlirechnung». Dieses Geld könnte der Kanton, der unlängst ein Sparpaket geschnürt hat, brauchen. Der Aufwand zum Eintreiben von ausstehenden Steuern, sprich die Verlustscheinbewirtschaftung, ist enorm.

Von wie viel Geld reden wir da?

Man kann von einem hohen zweistelligen Millionenbetrag an offenen Steuerverbindlichkeiten ausgehen, ein hoher einstelliger Millionenbetrag bleibt letztlich unbezahlt. Der Kanton könnte also Millionen verdienen. Es ist absurd, dass das nicht angegangen wird. Ich finde auch, dass die Politik den direkten Abzug der Steuern vom Lohn angehen sollte, dann würde ein Grossteil der Ausstände auch bezahlt.

Sie sagen auch, dass Verschuldung fast schon gefördert wird. Lehnen Sie sich da nicht etwas zu weit aus dem Fenster?

Mir wird vermittelt, dass Präventionsarbeit nicht wichtig ist. Damit wird Verschuldung nicht verhindert, sondern fast schon willentlich gefördert. Das ist einerseits eine verpasste Chance und andererseits ein volks- und betriebswirtschaftlicher Fehlentscheid.

Ein anderer Aspekt, den Sie feststellen: Schulden machen krank.

Einmal in den Schulden drin, gibt es fast keine Möglichkeit mehr, aus dem Schuldenkreislauf auszubrechen. Schulden machen psychisch krank, und dies wiederum führt zu hohen Gesundheitskosten, welche wiederum das Gesundheitssystem zusätzlich belasten oder sogar ein Abdriften in die Sozialhilfe verursachen, was wiederum hohe Kosten verursacht. Ein Grundproblem ist auch, dass im betriebsrechtlichen Existenzminimum keine Steuern eingerechnet sind, entsprechend verschuldet man sich automatisch neu.

Die Mitte stellt sich klar hinter den Reinraum

Einmal Ja und einmal Stimmfreigabe: Die Mitte Sarganserland hat sich zu den kantonalen Abstimmungen im November positioniert.

Sarganserland. – An der Delegiertenversammlung der Mitte Sarganserland in Walenstadt haben die Kantonsräte der Partei, Daniel Grünenfelder und Thomas Warzinek, über die Sonderkredite für den Reinraum am Campus Buchs sowie das geplante Interventionszentrum in St.Margrethen informiert – über die beiden Vorlagen wird die St.Galler Bevölkerung am Sonntag, 30.November, abstimmen.

Mitte für den Reinraum

Klare Haltung zeigen die Delegierten beim Reinraum am Campus in Buchs. Die Mitte Sarganserland befürwortet gemäss einer Medienmitteilung der Partei die Sonderkredite von rund 22 Millionen Franken einstimmig. Die Kooperationspartner OST (Ostschweizer Fachhochschule), RhySearch und der Switzerland Innovation Park Ost benötigen ihrer Meinung nach für Forschung und Entwicklung einen modernen Reinraum.

Die Hochpräzisionsfertigungsindustrie sei für den Kanton St.Gallen und besonders für die Region Sarganserland-Werdenberg von grosser Bedeutung. Zugang zu modernster Technologie und einer partikelfreien Umgebung – wie sie Reinräume bieten – seien dringend nötig. Mit der technischen Erneuerung, dem Ausbau und der breiteren Nutzung des bestehenden Reinraums in Buchs würde die Wettbewerbsfähigkeit der Region langfristig gestärkt. Zudem profitiere der Sensor Innovation Hub als wichtiger Standortfaktor, ist die Partei überzeugt.

Stimmfreigabe zum Interventionszentrum

Bei der zweiten Vorlage, dem Sonderkredit für das geplante Interventionszentrum in St.Margrethen, will sich die Mitte Sarganserland nicht festlegen und erlässt Stimmfreigabe. Das geplante Interventionszentrum des Bundes kostet rund 95 Millionen Franken und soll 200 bis 250 Mitarbeitenden des Bundesamts für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG) sowie 50 Exponenten der Kantonspolizei Platz bieten. Dadurch könnten Überwachungs- und Kontrollaufgaben besser koordiniert werden.

Für den Kanton St.Gallen entstehen aber auch jährliche Kosten von 2,2 Millionen Franken über 40 Jahre. Selbst bei vorzeitiger Kündigung blieben Zahlungen von 600 000 Franken pro Jahr bestehen, so die Mitte in ihrer Medienmitteilung. Damit beliefen sich die Gesamtkosten für den Kanton auf rund 85 Millionen Franken – beinahe so viel wie das gesamte Investitionsvolumen, heisst es dazu.

Aus Sicht der Mitte Sarganserland ist der Kostenteiler unausgewogen und die finanzielle Belastung unverhältnismässig. Angesichts des kantonalen Sparpakets seien Nachverhandlungen nötig. Obwohl das Zentrum sicherheitspolitisch sinnvoll und notwendig sei, überzeuge die Vorlage die Regionalpartei aus finanzieller Sicht nicht – daher die Stimmfreigabe. (pd)

@ Senden Sie Ihre Einsendung an redaktion@sarganserlaender.ch